

**Fest der Linken**  
50. Pressefest des ND  
13. – 15. Juni 2008,  
in der Kulturbrauerei,  
Prenzlauer Berg



Foto: Martin Walter

Ideen für den Bürgerhaushalt: Bald werden wieder Punkte für Vorschläge gesammelt.

## Mit dem Wind der Geschichte in den Segeln

Von Dr. Gesine Lötzsch, MdB

Vor einem Jahr wurde in Berlin die Partei DIE LINKE gegründet. Ein knappes Jahr später trafen sich über 500 Delegierte und zogen unter den Augen von mehr als 800 Vertretern unterschiedlichster Medien Bilanz. Und die kann sich sehen lassen. Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ hatte kürzlich Oskar Lafontaine zum heimlichen Kanzler ernannt. In dieser Zuschreibung spiegelt sich auch eine wichtige Frage, die jeder Politiker entscheiden muss: Aus welcher Position heraus kann man den größten Einfluss ausüben, aus der Regierung oder aus der Opposition heraus?

Diese Frage muss immer eine konkrete und situationsbezogene Antwort finden. Auf der Bundesebene bestimmen wir zurzeit aus der Opposition heraus die Themen. Oskar Lafontaine benannte Begriffe, die wir LINKEN gesetzt haben und die aus der politischen Debatte nicht mehr wegzudenken sind: den Mindestlohn, Hartz IV muss weg, wir wollen eine armutsfeste Rente, und die Bundeswehr muss raus aus Afghanistan. Damit – so Lafontaine in Anspielung auf ein Zitat von Walter Benjamin – haben wir den Wind der Geschichte in unseren Segeln. Wir erzwingen Stück für Stück ganz konkrete Veränderungen, und diese werden im Alltagsleben der Menschen spürbar. Das ist unsere Aufgabe. Wir sind aber auch Teil einer europäischen und internationalen Bewegung. Darum sagte Lothar Bisky: Cottbus grüßt Montevideo. Dort traf sich zeitgleich das „Sao Paulo Forum“. Der Sozialismus des 21. Jahrhunderts kann in Lateinamerika entstehen. Für eine sozial gerechte Welt muss auch der Brückenschlag über die Ozeane gelingen.

# Ideen für Lichtenberg

**Liebe Lichtenbergerinnen und Lichtenberger!** Sie haben gemeinsam mit Politik und Verwaltung bereits dreimal den Bürgerhaushalt unseres Bezirks erfolgreich auf den Weg gebracht. Nun geht es um Ihre Vorstellungen für das Jahr 2010.

Die bisherigen Erfahrungen mit dem Bürgerhaushalt sind positiv. Das zeigen auch die vielen Anfragen aus anderen Bundesländern und dem Ausland.

Ihr Engagement lenkte Mittel in Vorhaben, die Ihnen wichtig waren:

- Die Volkshochschule in der Paul-Junius-Straße hat einen Fahrstuhl bekommen und ist nun barrierefrei zugänglich.
- 21 Bäume wurden im Frühjahr 2008 in mehreren Straßen Lichtenbergs nachgepflanzt.
- Seit Jahresbeginn ist eine Koordinatorin für Kinder- und Jugendbeteiligung im Bezirk tätig.
- In der Anna-Seghers-Bibliothek können nun auch Bücher und DVDs in vietnamesischer Sprache ausgeliehen werden.

Eines unserer „Markenzeichen“ im Bezirk ist die gründliche Auswertung der Beteiligung am Bürgerhaushalt. Dies hat stets zu Veränderungen geführt, so auch in diesem Jahr:

BVV und das Bezirksamt werden auf einer zentralen Auftaktveranstaltung am 21. Juni Rechenschaft zum Umgang mit den Vorschlägen für das Jahr 2009 ablegen. Am gleichen Tag startet auch der Online-Dialog.

Ab September starten dann die 13 Stadtteilkonferenzen, in denen es um die enge Verbindung zwischen den Entwicklungszielen im Kiez mit den Vorschlägen für den Bürgerhaushalt geht.

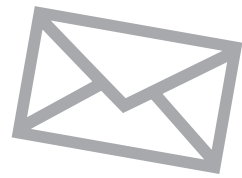
Auch die Beteiligungsgrundlage wurde erweitert, um Projekte der Stadtteilarbeit und der Entwicklung von Stadtteilzielen zu ermöglichen. Sie können nun auch an der Planung der Bauinvestitionen im Bezirk für die Jahre 2012 bis 2013 mitwirken.

Auf Ihre rege Beteiligung vertraut Ihre Bezirksbürgermeisterin *Christina Emmrich*

- **Online-Start am 21. Juni unter:**  
[www.buergerhaushalt-lichtenberg.de](http://www.buergerhaushalt-lichtenberg.de)

## In dieser Ausgabe

- Thema: Beutekunst (Seite 2)
- Berlins Abstimmung im Bundesrat über den EU-Vertrag (Seite 3)
- Gegen DIE LINKE ist jedes Mittel recht (Seite 5)
- Für eine armutsfeste Rente (Seiten 6 und 7)



## Sie bringt „info links“



Foto: Katrin Petermann

Besuch bei einem Mitglied der LINKEN, die regelmäßig und vielleicht sogar bei Ihnen die „info links“ in den Briefkasten legt.

Aufgeschlossen und temperamentvoll erzählt uns Inge Wiese (79) aus ihrem arbeitsreichen Leben, das nicht ohne Tragik verlief. In Breslau aufgewachsen, wurde sie durch den praktischen Widerstand ihrer Eltern in antifaschistische Aktionen einbezogen. Und so gehörte sie selbstverständlich zu den Aktivistinnen der ersten Stunde, als ein neues Land aufgebaut werden sollte.

Immer interessiert und offen, war sie stets bereit hinzuzulernen. So war sie als ganz junge Frau noch fast beleidigt, wenn sich Genossen dann doch haben kirchlich bestatten lassen. Später dann, als sie für den Kontakt zur Kirche zuständig war, hatte sie dafür mehr Verständnis.

Mit ihren 79 Jahren gehört Inge Wiese zu den fleißigen und zuverlässigen Zeitungsverteilern, die jeden Monat die „info links“ austragen.

Die DDR, für die sich Inge so eingesetzt hat, ist gescheitert. Zweifel am eigenen Schaffen und Tun beschäftigen Inge und andere Genossen viele Jahre nach der Wende immer noch. Bei monatlichen Treffen im Karl-Liebknecht-Haus finden sie auch für dieses Thema ein Forum.

Ihre Wohnung, 5. Etage ohne Fahrstuhl, wird für Inge mittlerweile ein Problem. Eine andere in der 2. Etage, ein wenig näher an einer Hauptstraße, ist die nächste, „damit vor dem Fenster was passiert“.

Trotz der gesundheitlichen Einschränkungen wird Inge weitermachen. Sie wird für ihre Genossen die Mitgliedsbeiträge abrechnen, die „info links“ abholen und ihre Nachbarn und Bekannten damit versorgen. Und wir wünschen ihr, dass sie das noch lange kann.

Der Bezirksvorstand sagt hier Inge stellvertretend für die vielen Kassiererinnen und Kassierer des Bezirksverbandes ein herzliches Dankeschön!

Helga Kubitschek und  
Katrin Petermann

## Sprechen Sie deutsch



### Dschändern

„Wir müssen dschändern!“, sagt mein Gegenüber. Dschändern war mal englisch (gender) und zwingt die Deutschen unter Androhung von Prügel, in die Mitte jedes zweiten Wortes ein großes I zu nageln: BezirksamtsmitarbeiterInnen! Klar, den Bezirksamtsmitarbeiter gibts auch in der weiblichen Ausführung und Bezirksamtsmitarbeiter und Bezirksamtsmitarbeiterin ist viel zu lang. Also, peng! Großes I rein. Viele schöne Wörter entstehen so: FußballfanInnen, VormündInnen oder MenschInnen.

Mein Gegenüber schaut ein wenig traurig, weil es ja *das* Gegenüber heißt.

Ich allerdings habe ein Problem: Was machen wir mit *die* Person! Es gibt doch auch männliche Personen – mich zum Beispiel! Wenn wir dschändern *müssen*, dann *bestehe* ich auf einer männlichen Form! Der Personerich gefällt mir gut! Und wenn die Frauen ein großes I bekommen, muss es selbstverständlich PersonERICHe heißen – und LehrkraftERICHe und KoryphäERICHe ... Tja, wenn wir dschändern *müssen*.

Jörg Rückmann

## Thema: Beutekunst

Prof. Harry Nick zum „Sonntagsgespräch“ mit Prof. Heinrich Fink am 27. April

Der Begriff Beutekunst spielt in der Gegenwart hauptsächlich in den deutsch-russischen Beziehungen eine Rolle. Die PDS vor allem habe den politisch vernünftigen und machbaren Ausweg aus dem Streit um die Beutekunst geliefert, der durch die „Sauna-Vereinbarung“ Jelzins und Kohls über die Rückführung deutscher Kunstwerke und den Beschluss der Duma, dies nicht zu tun, in einer Sackgasse gelandet war, sagte Prof. Heinrich Fink.

Heinrich Fink war als Abgeordneter des Bundestages und Vertreter der PDS im Mai 2001 an Verhandlungen mit der russischen Seite beteiligt. Sein schließlich akzeptierter Vorschlag: Kunstwerke zurückführen, die für die andere Seite wichtiger sind als für die eigene. Und überhaupt Werke nach einem Äquivalenzprinzip auszutauschen. Zum Beispiel die 111 Fenster der Marienkirche Frankfurt/Oder, die für das russisch-orthodoxe Russland kaum ideellen Wert besitzen. Das ist inzwischen geschehen.

In den Diskussionen um Beutekunst wird oft die Vernichtung und Verscherbelung von Kunstwerken durch die Faschisten sowie der Kunstklau der westlichen Alliierten verschwiegen. Auch die faschistische Taktik der verbrannten Erde hat Kunst in der Sowjetunion massenhaft vernichtet.



Foto: Michael Grunst

An der Gedenktafel für Artur Becker in der Konrad-Wolf-, Ecke Degnerstraße trafen sich am 16. Mai Antifaschisten sowie „Kämpfer und Freunde der Spanischen Republik 1936–1939“ aus verschiedenen Teilen Berlins, um des 70. Jahrestages seiner Ermordung zu Gedenken.

## Weichei?

Die Flut der Schmähungen gegen DIE LINKE und gegen den Regierenden Bürgermeister Wowereit reißt nicht ab. Rot-Rot hatte sich am 23. Mai bei der Abstimmung im Bundesrat über den Europavertrag der Stimme enthalten – so wie im Koalitionsvertrag vereinbart und 2002 durch das Bundesverfassungsgericht für rechtens erklärt. DIE LINKE, tönt es jetzt, sei nicht regierungsfähig, Wowereit ein Weichei, Berlin beschädigt – so eine nur kleine Auswahl. Die FDP forderte gar den Rücktritt Wowereits und Neuwahlen.

Das heuchlerische und durchschaubare Getöse von CDU, Grünen und FDP verdeutlicht – allerdings ungewollt –, zu welchen Rechtsbrüchen die Opposition bereit wäre. Denn natürlich weiß auch sie um die Rechtslage, vielleicht mit Ausnahme des in seiner Wahrnehmung der Realitäten offensichtlich eingeschränkten Herrn Pflüger.

Vor allem ärgert es die Opposition, dass es nicht zu einer Koalitionskrise gekommen ist.

Deshalb richten sie ihren eigentlichen Stoß auch gegen die SPD, indem sie ihr vorwerfen, sich von der LINKEN am Nasenring herumführen zu lassen.

Und es ärgert sie noch mehr, weil in absehbarer Zeit auch sie von der LINKEN getrieben werden, denn die von ihnen so beharrlich verschwiegenen Defizite des Europavertrages werden leider bald unser Leben bestimmen, und dann können die Grünen, aber auch die CDU und die FDP nicht so tun, als hätten sie es nicht gewusst oder als hätte es ihnen niemand gesagt ...

Und dennoch hatte die Berliner Enthaltung im Bundesrat eher nur symbolischen Wert, denn der Vertrag hat mehr als die erforderliche Zweidrittelmehrheit bekommen und „ist durch“. Jetzt müssen wir sorgsam darauf achten, dass dieser „Sieg in einer Symbolfrage“ nicht das Austragen der Konflikte in den „realpolitischen Fragen“ nunmehr komplizieren wird. Das wäre in der Tat kein angemessener Preis, denn ein Weichei ist Wowereit beileibe nicht ...

Peter-Rudolf Zotl

## „Allzu liberal“



Foto: Jörg Rückmann

Sozialsenatorin Dr. Heidi Knake-Werner (DIE LINKE) steht unter Beschuss des Bundessozialministeriums, weil unter ihrer Verantwortung „eine allzu liberale Auslegung“ der – wie Verwaltungsjuristen feststellten – unkonkreten Vorschriften zu den Wohnkosten von Hartz-IV-Empfängenden erfolgen würde. Jedoch erhalten die Senatorin und DIE LINKE die Unterstützung der Berliner SPD gegen das SPD-geführte Bundesministerium. Von 330 000 „Hartz-IV-Haushalten“ mussten bisher in Berlin nur 700 umziehen. Und diese spürbare Entlastung der ohnehin von vielen Sorgen Betroffenen soll auch so bleiben. Allerdings werden jetzt die Betriebskosten stärker überprüft, um eine Bereicherung einiger Vermieter zu verhindern.

## Pro Reli

Kaum ist der Volksentscheid zu Tempelhof vorbei, steht eine neue Initiative direkter Demokratie ins Haus. Die Bewegung „Pro Reli“ verfolgt das Anliegen, das Schulpflichtfach Ethik mit dem freiwilligen Religionsunterricht gleichzusetzen. Man soll Ethik zugunsten von Religion abwählen können und umgekehrt. „Pro Reli“ wird auch von beiden christlichen Kirchen unterstützt.

Im multikulturellen Berlin sind weit unter 50 Prozent Mitglied einer christlichen Kirche. Hier wird – staatlich finanziert, aber in Verantwortung der christlichen Kirchen – Religion als freiwilliges Fach angeboten. Im Grundgesetz ist nämlich verankert, dass in Bundesländern, in denen bei Inkrafttreten des Grundgesetzes Religion kein Pflichtfach war, diese Regelung Bestand behält. Das trifft auf Berlin und Bremen zu („Bremer Klausel“).

Beide Fächer – Religion und Ethik – vermitteln Werte. Aber während der Religionsunterricht diese Wertevermittlung aus der Sicht einer Weltanschauung (Religion) betreibt, erfolgt die Wertevermittlung im Fach Ethik weltanschaulich neutral. Der Ethikunterricht erfolgt zudem für alle Kinder gemeinsam. Nur so können im multikulturellen Dialog die Werte durch alle Kulturen und Religionen verglichen, Gemeinsamkeiten erkannt, Defizite festgestellt und Vorbehalte abgebaut werden. Und genau das brauchen wir.

Die Kernfrage ist also, ob wir weiterhin eine weltanschaulich neutrale Wertevermittlung beibehalten und daneben – auf freiwilliger Basis – auch eine weltanschaulich gebundene Wertevermittlung anbieten wollen. Oder ob wir zugunsten einer ausgrenzenden weltanschaulichen Sichtweise darauf verzichten sollen. Das ist gravierend.

Sollte ein solcher Volksentscheid Erfolg haben, dann wäre er verbindlich, denn es liegt allein beim Abgeordnetenhaus, von der Bremer Klausel Gebrauch zu machen oder nicht. Und in Berlin kann seit Rot-Rot das Volk über alles entscheiden, was im Entscheidungsbereich des Abgeordnetenhauses liegt.

Peter-Rudolf Zotl

## Unsere Sprechstunden

So sind die Lichtenberger Vertreter im Berliner Abgeordnetenhaus zu erreichen:

- **Evrin Baba:** ☎ 0172-39 25 870, 27. Juni, 17 Uhr, Buchhandlung „La Chispa“, Grevesmühlener Straße 28 (möglichst anmelden!)
- **Marion Platta:** ☎ 0170-698 92 55, 19. Juni, 17 Uhr, Soziokulturelles Zentrum, Landsberger Allee 180 D
- **Prof. Dr. Stefanie Schulze:** ☎ 0163-717 89 90, 16. Juni, 17 Uhr, Kiezspinne, Schulze-Boysen-Straße 38

- **Giyasettin Sayan:** ☎ 0171-703 01 63, 2. Juli, 17 Uhr, KULTSchule, Sewanstraße 43 (mit Rechtsanwältin Birgit Stenzel), und montags, 13 Uhr, Abgeordnetenhaus
- **Dr. sc. Peter-Rudolf Zotl:** ☎ 0151-1560 2356, 9. Juni, 17 Uhr, Abgeordnetenhaus (Raum 417 a), sowie am 25. Juni, 17 Uhr, Kiezklub „Magnet“, Strausberger Straße 5

Wir bieten auch Termine nach Vereinbarung an und kommen gern in Basis- und Bürgerveranstaltungen. **Ladet uns ein!**



## NPD gehört verboten

Der Berliner Landesparteitag (26. April) fordert die Berliner LINKE und deren Fraktion im Abgeordnetenhaus zur Unterstützung eines neuen Verbotsverfahrens gegen die NPD auf. Ein solches Verbot würde z. B. die Strukturen der NPD beseitigen, die eingespielte Führung, den eingeführten Namen und den Schutz ihrer Veranstaltungen, die auf dem Status einer legalen Partei basieren.

Klar ist: Ein solches Verbot ersetzt nicht die weitere Auseinandersetzung mit dieser Ideologie in den Köpfen. Ein Verbot beseitigt nicht rechtsextreme Denkmuster und Gesinnungen, die in der Bevölkerung verbreitet sind. Dazu müssen die politische Bildung und der Ausbau demokratischer Strukturen verbessert werden. *Evrin Baba, MdA*

## Ohne Skrupel

In einer Presseerklärung der SPD wird die Ablehnung des BVV-Antrags gegen die Meinungsfreiheit für einen Lichtenberger Verein beklagt. Bedauert wird, dass sich zwei „Grüne“ der Stimme enthielten. Die Klage ist das gute Recht jedes Unterlegenen.

Ein Skandal ist, dass die drei Nazistimmen ohne jeden Skrupel vereinnahmt werden. Deren Fraktionsvorsitzende sagte in ihrem BVV-Traktat: „Unserem Lager fehlte eine Stimme“. Unserem Lager! Oh hätte doch der eloquente Demokrat Herr Becker angesichts der Abstimmungsniederlage nicht die Contenance verloren und zumindest die drei braunen Stimmen herausgerechnet! *Jürgen Steinbrück*



Foto: Michael Grunst

Den 60. Geburtstag von Bezirksbürgermeisterin Christina Emmrich nutzten viele, um ihre Verbundenheit mit der engagierten Politikerin auszudrücken. Christina Emmrich hat nicht nur starken Rückhalt im Bezirksverband und in der BVV-Fraktion der LINKEN, sondern ist auch wegen ihrer Geradlinigkeit und burschikosen Menschlichkeit beliebt. Auch „info links“ gratuliert ihr herzlich.

## Lichtenberg – Maputo

Eine Delegation aus dem 5. Stadtbezirk der mosambikanischen Hauptstadt Maputo besucht vom 3. bis 12. Juni ihren Berliner Partnerbezirk. Ziel des Besuches ist es, diese Partnerschaft durch Begegnungen, persönliche Erfahrungen und Fachgespräche zu intensivieren, und möglichst viele Bürgerinnen und Bürger in die städtepartnerschaftliche Zusammenarbeit einzubeziehen.

## Keine Antwort

Die B0 47 wollte wissen, was es Neues zum Kulturhaus und zum Theater Karlsruhorst gibt. Sie bat „info links“, bei der zuständigen Bezirksstadträtin nachzufragen. Leider hat „info links“ bis zum Redaktionsschluss keine Antwort erhalten. „info links“ empfiehlt: Holt Euch Antwort in der nächsten Bürgerfragestunde!

+ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +++ kurz gemeldet +

### Geld für Bürgerarbeit

45 000 Euro erhielten 2008 die Bezirke vom Senat für die ehrenamtliche Bürgerarbeit zur Verbesserung der Infrastruktur. Im Bezirk wurden 96 Anträge z. B. für Grünflächenpflege, Schulraumrenovierung u. ä. gestellt. 47 Anträge konnten mit diesem Geld unterstützt werden.

### Neues Familienzentrum

Im Kindergarten „Freche Früchtchen“, Matzeile 2 bis 4, haben die „Kindergärten NordOst“ ein neues Familienzentrum eingerichtet. Täglich von 8 bis 18 Uhr gibt es z. B. eine Krabbelgruppe für Kinder, eine Kleidertauschbörse sowie ein Eltern-Café.

### Geld von der BVV

4 200 Euro machte die BVV locker für das Sonnenblumenlabyrinth in der Müllerstraße, für das Rummelsburger Wasserfest und das Wartenberger Erntefest am 11. Oktober. Die Feste werden ehrenamtlich ausgerichtet von der Stadtbildagentur Lichtenberg, vom Kappe e. V. und vom Lebensmut e. V.

### Barrierefrei

Der „Kieztreff“ und das „Bildungszentrum“ in der Wartenberger Straße 24 sind „barrierefrei“. Schon 54 Lichtenberger Einrichtungen haben dieses Qualitätssiegel vom Bezirksamt erhalten, weil sie z. B. für Rollstuhlbenutzer durchgängig erreichbar sind.

### Stolpersteine

76 „Stolpersteine“ gibt es in Lichtenberg. Sie erinnern an deportierte und ermordete jüdische Mitbürger. Bei einer Gedenkwanderung am 14. Juni werden 50 „Stolpersteine“ rund um den S-Bahnhof Karlsruhorst gereinigt. Treffpunkt: Soziokulturelles Zentrum Süd, Treskowallee 112, 9.30 Uhr.

### Paten gesucht

Für die Sauberhaltung des Japanischen Tores im Kirschgarten in Hohenschönhausen werden Paten gesucht. Dies beantragte die Fraktion von Bündnis 90/Grüne in der BVV. Das Geschenk aus Asien wird leider immer wieder beschmiert. *J. P.*

## Gegen DIE LINKE ist jedes Mittel recht

Wie sich doch so manche Bilder gleichen! In den letzten Wochen fanden in Berlin zwei für DIE LINKE bedeutsame Abstimmungen statt. Am 27. April war es der Volksentscheid über den Weiterbetrieb des Flughafens Tempelhof, und am 23. Mai tagte das Plenum des Bundesrates, um über den sogenannten EU-Reformvertrag zu entscheiden.

Beim Volksentscheid war jeder Berliner Wahlberechtigte zur Beteiligung aufgefordert. Die Regierungskoalition und die Grünen riefen darüber hinaus zum Nein auf. Warum sie das taten und warum die Ja-Sager scheiterten, hat Peter-Rudolf Zotl in „info links“ 3 und 4 überzeugend dargelegt. Deutlich wird dabei auch, dass der Volksentscheid eigentlich überflüssig war.

Im Bundesrat hingegen stimmen die Länderregierungen ab, für Berlin also der Senat. Da DIE LINKE den EU-Reformvertrag ablehnt, kam für ihn – wie im Koalitionsvertrag vorgesehen – nur Stimmenthaltung infrage.

Und da wären wir bei den Bildern, die sich gleichen: Immer wenn es den Gegnern der LINKEN scheint, sie hätten eine Gelegenheit, diese vorzuführen, verlieren sie jedwede Hemmungen. Geltendes Recht spielt dann keine Rolle mehr. Von den im Bundestag vertretenen Parteien ergriffen zwar nur CDU und FDP die Initiative pro Tempelhof. Doch fanden sie

sofort spendierfreudige Bundesgenossen in der Wirtschaft und eifrige Propagandisten bei der Springerpresse. Sogar die Bundeskanzlerin leistete Schützenhilfe und ignorierte den „Konsensbeschluss“ von 1996, der Schönefeld als einzigen Flughafen der Hauptstadtregion vorsieht.

Beim EU-Reformvertrag kam es zu einer alle Parteien umfassenden „Megakoalition“ gegen DIE LINKE. Die Presse – außer „ND“ und „junge Welt“ – malte in den grellsten Farben die Katastrophe aus, die eine Nichtzustimmung des Senats nicht nur für Berlin, sondern für ganz Deutschland, für Europa und die Welt bedeute.

Als sich Wowereit dann doch überzeugen ließ, den Koalitionsvertrag nicht zu brechen, musste er sich als Feigling beschimpfen lassen. Dem Koalitionspartner warf der Regierende vor, „unter dem Diktat ihres Bundesvorsitzenden Oskar Lafontaine“ zu stehen. Wenn das weitergehe, sei die Koalition in Berlin ernsthaft gefährdet. „Ich werde das sehr genau beobachten,“ zitiert ihn der Tagesspiegel vom 24. Mai in einem „Koalition auf Bewährung“ betitelten Aufmacher-Artikel des Berlinteils der Zeitung. Der Artikel endet mit dem bemerkenswerten Absatz: „Unausgesprochen blieb gestern, dass nicht nur die Bundespartei, sondern auch die Basis der Berliner Landeslinken in den vergangenen Wochen in Sachen Europavertrag starken Druck auf die Führung ausübte, um eine Zustimmung im Bundesrat zu verhindern.“ *Ronald Löttsch*

## Beeindruckend

Delegiert war ich nicht, trotzdem wollte ich in Cottbus den 1. Parteitag der LINKEN hautnah mitverfolgen. Schon am Eingang hat mich die Medienpräsenz beeindruckt.

Meine ersten Überlegungen sind:

- Die rot-rote Koalition in Berlin ist richtig.
- Das 100-Punkte-Programm ist eine sehr gute Grundlage für eine Programmdebatte, es ist eindeutig und für jeden verständlich.
- Die verschiedenen Strömungen innerhalb der LINKEN widerspiegeln den Entwicklungsstand der Partei. Es muss darum gehen, Gemeinsames herauszustellen und Gruppierungen überflüssig zu machen. Kritisch sehe ich die Unkorrektheit verschiedener Begriffsbestimmungen.

Mir wird besonders in Erinnerung bleiben, mit welcher Ausdauer Michael Brie geistige Nahrung unter den Delegierten verteilt hat. Allen Mitgliedern wünsche ich viel Erfolg bei der Umsetzung der Beschlüsse! *Petra Scherer*

## Neugierig auf Parteitag

Er begann für mich bereits am Freitagabend mit dem Frauenplenum. Wie engagiert die Frauen für ihre Gleichberechtigung und für die Rechte der Kinder kämpften, war für mich beeindruckend und motivierend zugleich.

Optimistisch und voller Neugier nahm ich dann an den beiden Tagen des Parteitags teil. Wichtige Themen standen auf dem Programm: Steuergerechtigkeit und Mindestlöhne, das Wohl unserer Kinder und ihr Recht auf anspruchsvolle Betreuung von klein auf, gleiche Bildungs- und Entwicklungschancen und der Abbau von Kinderarmut. Der Parteitag startete eine Kampagne für eine Rente, die nicht in die Armut führt.

Nun kann DIE LINKE ihren Kurs fortsetzen. Der Schwung des Parteitags bestärkt mich, noch mehr in die politische Alltagsarbeit einzubringen. Denn „wir müssen kämpfen und nicht locker lassen, wenn wir etwas verändern wollen.“ *Petra Weitling, Mitglied des BV*

## Veranstaltungen

- **Sonnabend, 7.6., 10 – 18 Uhr**  
„Klimaschutz – linke Perspektiven für die Zukunft Berlins“; Max-Taut-Schule, Fischerstraße 36
  - **Sonntag, 8.6., 15 Uhr**  
Benefizkonzert für Maputo; Max-Taut-Aula, Fischerstraße 36
  - **Donnerstag, 12.6., 19 Uhr**  
Podiumsdiskussion: „Weg mit Hartz IV! Und was kommt dann?“, mit Katja Kipping (MdB, stellv. Vorsitzende der LINKEN), Franziska Drohsel (Juso-Vorsitzende), Jenna Kowalski (Bundesvorstand Grüne Jugend); Haus der Jugend, Reinickendorfer Straße 55, Berlin-Wedding, U-Bhf. Nauener Platz
  - **Dienstag, 10.6., 19 Uhr\***  
Tagung des Bezirksvorstandes
  - **Freitag, 13.6., 17 Uhr**  
Sommerempfang der LINKEN. Lichtenberg; Villa am Fennpfuhl, Anton-Saefkow-Platz 7
  - **Freitag – Sonntag, 13. – 15.6.**  
Fest der Linken/50. ND-Pressfest; Kulturbrauerei, Berlin-Prenzlauer Berg
  - **Dienstag, 17.6., 18.30 Uhr**  
Veranstaltungsreihe „Wissen, was läuft“: „Wirtschaftliche und soziale Entwicklung im Kiez“, mit Dr. Andreas Prüfer, Michael Räßler-Wolff u. a.; KULTSchule, Sewanstraße 43
  - **Sonnabend, 21.6., 10 Uhr**  
Auftakt Bürgerhaushalt 2010; Taut-Aula, Fischerstraße 36
  - **Dienstag, 24.6., 19 Uhr\***  
Tagung des Bezirksvorstandes
  - **Donnerstag, 26.6., 17 Uhr**  
Tagung der BVV Lichtenberg; Taut-Aula
- Veranstaltungsort: \* Alfred-Kowalke-Straße 14

## Angebot

Das Diskussionsangebot des Ältestenrates der Partei DIE LINKE vom 6. Februar 2008 zur Programmdebatte ist im Internet abrufbar ([www.die-linke.de](http://www.die-linke.de), dann weiterklicken auf: → Partei → Weitere Strukturen → Ältestenrat → Erklärungen und Stellungnahmen).

Wenn eine BO keinerlei Zugriff auf das Internet haben sollte, ist die Geschäftsstelle bereit, dieses Material – wie andere Grundsatzdokumente auch – auszudrucken und der jeweiligen BO zur Verfügung zu stellen. *P.-R. Zotl*



## Arm trotz Arbeit, auch im Alter



Foto: Jörg Rückmann

Die Daten zur sozialen Lage – veröffentlicht im Sozialreport 2007 des Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrums Berlin-Brandenburg e. V. – vermitteln ein bedrückendes Bild: Armut trotz Arbeit, Kinderarmut und Altersarmut, hervorgebracht durch die „Reformen“ des letzten Jahrzehnts.

Die Rentenreformen seit 1992 heben die Funktion der gesetzlichen Rente auf, den Lebensstandard zu sichern (Ausstieg aus der paritätischen Rentenfinanzierung, langfristige Senkung des Rentenniveaus, die Renten wurden von der Lohnentwicklung abgekoppelt, Renten erst ab 67, Kappung der erreichbaren Entgeltpunkte – Ausbildungszeiten).

Wir heutigen Rentner haben zwar „Bestandsschutz“, aber bei sinkendem Realeinkommen; denn ein Inflationsausgleich ist natürlich bei 1,1 Prozent Rentenerhöhung nicht drin. Und mehrere Jahre lang gab es ohnehin nur „Nullrunden“ und die verschiedensten Abschläge.

Auf die Unterschiede in den Renten Ost und West und auf die immer noch bestehenden „Strafrenten“ kann ich in diesem Rahmen nicht weiter eingehen, da hier auch die Lichtenberger Rentner zu Wort kommen sollen – doch ich möchte darauf hinweisen.

Aber der Verarmungsprozess ergreift alle Generationen und Schichten – vor allem in den „neuen Bundesländern“. Die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung

*Altersarmut bald auch in Deutschland – realistisches Zukunftsbild oder nur Schwarzmalerei? Straßenszene aus dem EU-Land Polen.*

schaft auf der einen Seite mehr Armut, auf der anderen häuft sie den Reichtum an. Der Aufschwung, auf den die Regierung stolz ist, hat zu mehr Ungleichheit geführt. Hohe Arbeitslosigkeit und Billigjobs lassen die „Mittelschicht“ abbröckeln.

Und es sind regelrechte „Armutskarrieren“ programmiert. Ein Kind, das in einer armen Familie aufwächst, hat weniger Zugang zur Bildung und damit schlechtere Chancen für einen gut bezahlten Beruf. In der Generation, die heute berufstätig ist, verschlechtern Arbeitslosigkeit und Billigjobs die Voraussetzungen für die spätere Rente. So ist abzusehen, dass ein großer Teil der künftigen Rentner weiter auf dem Niveau der Sozialhilfe leben muss.

Sind wir die letzten Rentner, denen es noch gut geht? Das fragt sich *Inge Junginger*

### Forderungen der Rentner:

- Anpassung der Rentenentwicklung an die Lohnentwicklung – ohne Riesterfaktor
- Inflationsschutz
- Höhere Bewertung niedriger Einkommen (ALG II)
- Reduzierung der Rentenabschläge
- Angleichung des Rentenwertes Ost

### Lichtenberger Rentner sagen:

● Wir schließen uns dem Protest der LINKEN gegen die Missachtung der Arbeits- und Lebensleistung der DDR-Bürger bei den Renten an. *Rosi und Karl Heinz Böhme*

● Bei den Renten setzt sich die Ungerechtigkeit der Löhne Ost und West fort – selbst bei Angehörigen der Bundeswehr. Wann wird die Einheit endlich auch hier vollzogen? *J. Oelze*

● Wann wird unsere Regierung nach so vielen Jahren die Rentner mit ihrer Rente vereinigen? *Klaus Küttner*

● Ich wünsche mir, dass die Regierung sich endlich mit dem Schul- und Ausbildungsproblem für unsere Jugend befasst. Für alle – nicht nur für „Betuchte“. *Leni Wenger*

● Man spricht so viel von der Einheit, aber die Grenze ist immer noch vorhanden. Nicht nur bei der Berechnung der Rente, sondern auch im gesamten Lohngefüge, für Hartz-IV-Empfänger usw. *Ruth Rast*

● Wie lange werden wir ehemaligen DDR-Bürger noch ausgegrenzt? 84 Prozent der Westrente, das Gleiche bei den Löhnen. Und das nach fast 20 Jahren „Einheit“. Solange diese Unterschiede nicht ausgeglichen sind, fühlen wir uns als Menschen zweiter Klasse behandelt. Die Armut wächst. Geld ist genug da – nur falsch verteilt. Das nächste Mal kommen wir als Ackermann oder Zumwinkel und Konsorten zur Welt. *Rita Lehnert*

● Für mich ist es eigentlich nur traurig, wie viel über diese 1,1 Prozent palavert wird, die ja für viele Rentner überhaupt keine Erhöhung sind. Und für die Rentner der „neuen“ Länder ist keine Rede mehr von einer Angleichung auf 100 Prozent. *Ch. Hinz*

● Und ich bin traurig, dass unsere Enkel – wenn sie das Glück hatten, Arbeit und Ausbildung zu haben – noch nach 40 Jahren „bestraft“ werden. Denn sie werden weniger Rente erhalten, da sie ja weniger Lohn oder Gehalt hatten. *S. Cantow*

● Traurig ist, dass man die jungen Menschen gegen die alten aufhetzt wegen der 1,1 Prozent. *Steiner*

● Nach einem langen Berufsleben, das wir alten DDR-Bürger gelebt haben, ist es beschämend und erniedrigend, wie wir als Rentner behandelt werden. Und nun diese 1,1 Prozent! Bei einer Marktwirtschaft, die sich „sozial“ nennt. Sozial für wen? *Edith Schurzig*

## Gute Arbeit. Gute Löhne. Gute Rente.

Von Gesine Löttsch, MdB

Der 1. Parteitag der LINKEN hat eine „Rentenkampagne“ beschlossen. Rente ist nicht nur ein Thema für Senioren, sondern auch für jene, die das Rentenalter noch nicht erreicht haben. Selbst die ostdeutschen Ministerpräsidenten haben vor drohender Altersarmut im Osten gewarnt. Die Hauptursache dafür ist die lange Arbeitslosigkeit, mit der viele Ostdeutsche nach der Wende konfrontiert waren.

### Drohende Altersarmut

Aber auch Westdeutsche sind zunehmend von Altersarmut bedroht. Wer heute 1000 Euro netto verdient, muss mit nur 400 Euro Rente rechnen. Dass es auch anders geht, zeigt Dänemark. Wer dort 1000 Euro Arbeitseinkommen hat, wird eine Rente von 1200 Euro erhalten. Ein großes Problem in Deutschland sind die zu niedrigen Löhne.

### Lebensstandardsicherung

DIE LINKE will das Prinzip der Lebensstandardsicherung wieder gesetzlich bei 70 Prozent des Durchschnittseinkommens der Versicherten festschreiben. Die gesetzliche Rente muss wieder das wichtigste Mittel der Alterssicherung werden.

*Zum Gedenken an die faschistische Bücherverbrennung 1933 las Gesine Löttsch auf dem Bebelplatz einen Text von Anna Seghers.*



Foto: Büro Löttsch

### Beitragssatzdogma aufheben

Wir wollen die Beitragssatzhöhe am angestrebten Leistungsniveau orientieren und nicht an einer willkürlichen Grenze. Zurzeit werden – v. a. durch die Einführung der Riester-Rente – die Arbeitgeber entlastet. So nützt die Deckelung des Beitragssatzes auf 20 Prozent bis 2020 und auf 22 Prozent bis 2030 allein den Unternehmen.

### Keine Kürzungsfaktoren

Wir wollen alle Faktoren – heißen sie nun Riester-, Demographie- oder Nachhaltigkeitsfaktor – abschaffen, die das Mitwachsen der Renten mit den Kosten verhindern. Wir sagen: Solidarische Umlagenfinanzierung statt wachsender Ungleichheit.

### Alle einbeziehen

Wir wollen eine einheitliche Erwerbstätigenversicherung für alle, also keine Sondersysteme für bestimmte Berufsgruppen und auch keine Sonderregelung für Mini- und Midijobs. Auch Beitragszeiten für Kindererziehung und Pflege, Arbeitslosigkeit, Krankheit und Weiterbildung sollen höher bewertet werden.

Finanziert werden können diese Maßnahmen, indem die Beitragsbemessungsgrenzen schrittweise an- bzw. längerfristig aufgehoben werden.

### Kontakt

Die Lichtenberger Bundestagsabgeordnete **Dr. Gesine Löttsch** ist erreichbar:

● Bürgerbüro, Ahrenshooper Straße 5, 13051 Berlin, ☎ 9927 0725, oder im Bundestag, ☎ 2277 1787

#### ● Sprechstunde:

Montag, 11. Juni, 17 Uhr, Bürgerbüro (bitte anmelden!), und nach Vereinbarung

Sehr gern kommt Dr. Gesine Löttsch in Einwohner- und Basisberatungen. **Ladet sie ein!**

### Nein zur Rente erst ab 67

Rente erst ab 67, das ist Rentenkürzung. Viele Ältere haben keine Chancen mehr auf dem Arbeitsmarkt. Sie bekommen lediglich länger Hartz IV oder beschämenden Niedriglohn, und das macht sich dann bei der Rente bis ans Lebensende bemerkbar. Zudem ist in körperlich und psychisch sehr belastenden Berufen eine Arbeit bis 67 gar nicht zumutbar.

Statt starrer Altersgrenzen brauchen wir die Verlängerung der geförderten Altersteilzeit und einen flexiblen Ausstieg aus dem Erwerbsleben. Auch eine Grundsicherung im Alter muss ein Leben in Würde ermöglichen.

### Rentenangleichung Ost

Die LINKE hat sich immer für die Angleichung der Rentenwerte in Ost und West eingesetzt. Auch das geht nicht nur die heutige Rentnergeneration an, sondern auch die, die erst nach der Wende ins Berufsleben eingetreten sind. Wir haben in den Bundestag bereits zahlreiche Forderungen eingebracht, wie die durch die Vereinigung festgeschriebenen Ungerechtigkeiten für einzelne Berufs- und Personengruppen beseitigt werden können. Ich denke zum Beispiel an Beschäftigte des Gesundheits- und Sozialwesens der DDR, an Akademiker sowie Menschen, die Angehörige gepflegt haben.

### Kampagne für gute Rente

Für unser Rentenkonzept haben wir eine neue Website gestaltet. Unsere Fraktion hat aber auch in einer Broschüre sowie in Flugblättern aufgeschrieben, wie wir das solidarische Rentensystem wieder sichern wollen. Damit auch alle Mitglieder und Freunde der LINKEN aktiv die Ziele der Rentenkampagne unterstützen können, finden in allen Bundesländern Aktionskonferenzen statt, in Berlin am 5. Juli.

● **Neu:** [www.die-rente-die-linke.de](http://www.die-rente-die-linke.de)



## Deutsch-Russische Festtage

„Russisches zum Erleben, Hören, Schmecken und Sehen“, so werben die Veranstalter für die Deutsch-Russischen Festtage. Sie möchten die Begegnungen mit den Menschen beider Länder und das Verständnis füreinander fördern. Vom 6. bis 8. Juni verwandelt sich das Gelände der Trabrennbahn in einen Festplatz – mit vier Bühnen, vielen kulturellen und sportlichen Angeboten, russischen Spezialitäten und zahlreichen Attraktionen für Kinder (der Eintritt ist frei). Das Fest wird überwiegend ehrenamtlich organisiert und von Sponsoren finanziert (die Partnerstädte Moskau und Kaliningrad, der Erdölriese Gasпром Germania, die Wall AG, die Wohnungsbaugesellschaft HOWOGE, der Bezirk Lichtenberg u. a.). Höhepunkte sind die „Prinzen“ im Konzert und die „Russische Rocknacht“. Eröffnet wird das Fest mit einer Matroschka-Suche, und es gibt eine Reise nach Russland für 2 Personen zu gewinnen. *Inge Uessler*

## Badesaison eröffnet



Foto: Ch. Petermann

Das Sommerbad an der Treskowallee hat wieder geöffnet. DIE LINKE hatte die Grundlage geschaffen, dass die Bäderbetriebe sowie die Bezirksämter Treptow-Köpenick und Lichtenberg die für die Reparatur erforderlichen 180 000 Euro aufgebracht haben.

## Kultur im Bezirk

- **Sonnabend, 7.6., 10 Uhr**  
„Wie viel Kultur braucht die Platte?“, Kiezspaziergang mit Christina Emmrich; Treffpunkt: Jugendkunstschule in der Demminer Straße 4
- **Sonnabend, 7.6., 19 Uhr**  
Swing-Dixiland: Uni Jazzband Halle, DT Jazzband Berlin, Eintritt 13 Euro; Kulturhaus Karlshorst, Treskowallee 112
- **Mittwoch, 11.6., 14.30 Uhr**  
Kabarett „Die Weisetreter“ mit neuem Programm: „Spitzensalat – Alte Drosseln spötteln gut“, Eintritt 2 Euro; Begegnungsstätte, Hönower Straße 30
- **Mittwoch, 11.6., 19 Uhr**  
„Medienmenue“, Kulturgespräch mit Bärbel Grygier und der Autorin Kathrin Gerlof; Ratskeller, Möllendorffstraße 6
- **Donnerstag, 12.6., 15 Uhr**  
„Herr von Ribbeck auf Ribbeck im Havelland“, musikalisch-literarisches Programm, Eintritt und Kaffeegedek 3 Euro; Begegnungsstätte, Hönower Straße 30
- **Donnerstag, 12.6., 15 Uhr**  
Sommernachtsball mit „The Voices“ und dem „Berliner Original“, Eintritt 8 Euro, (Telefon: 9869511); Begegnungsstätte „Wir ab 50“, Joachimsthaler Straße 2
- **Mittwoch, 18.6., 14.30 Uhr**  
Programm zum 100. Todestag von Wilhelm Busch: „Man ist ja von Natur kein Engel“, Eintritt 3,50 Euro; Begegnungsstätte, Hönower Straße 30
- **Donnerstag, 26.6., 14.30 Uhr**  
Autorenlesung mit der Schriftstellerin Ingrid Weißbach, Eintritt 1,50 Euro; Freizeittreff, Konrad-Wolf-Straße 67
- **Freitag, 27.6., 20 Uhr**  
2. Hofkonzert, Musik, Kleinkunst, Comedy, Eintritt 5/3 Euro; im Hof des Rathauses
- **Sonnabend, 28. Juni**  
Hoffest der Schostakowitsch Musikschule Lichtenberg; Dolgenseestraße
- **Sonnabend, 12.7. – Sonntag, 13.7.**  
14. Storchenfest der Naturschutzstation Malchow; Dorfstraße 35, 13051 Berlin
- **Ausstellungen**  
→ Grafik, Zeichnungen, Plastik von Christine Perthen: „Freunde und Weggefährten“; Mittwoch, 11.6., 19 Uhr (bis 12. August), Kulturhaus Karlshorst  
→ Poesie-Festival Berlin: „Graffiti – Gedichte aus der Spraydose“, Werke von deutschen und brasilianischen Dichtern werden zu Graffiti verwandelt; Sonntag, 13. Juli, 14 Uhr, Anton-Saefkow-Platz

## Buchtipps



### Noch einmal Herrstadt?

Bald werden die Medien der herrschenden Meinung wieder aus allen Rohren gegen DIE LINKE schießen – im Gedenken an den 17. Juni 1953. Zu dem Thema gibt es eine Menge Literatur – viel Wahres, noch mehr Fälschung. Auch die Linken selber haben vieles erforscht und Legenden zerpfückt.

Aber es gibt kaum Veröffentlichungen über die beiden „Sündenböcke“, die die damalige Parteiführung dem Volk präsentierte: Einer war Rudolf Herrstadt. Wer war er? Wie stellte er sich den Sozialismus vor?

Seine Tochter beschreibt seinen Werdegang vom Spross einer wohlhabenden jüdischen Familie in Schlesien zum Kandidaten des Politbüros und führenden Journalisten der frühen DDR.

Zu den Ereignissen selbst und zu seinem hoffnungslosen Kampf um Rehabilitierung fasst sich Irina Liebmann kurz. Sie verweist auf das „Herrstadt-Dokument“ (Rowohlt 1990), das er 1956 verfasst hatte. Rudolf Herrstadt ist niemals rehabilitiert worden. Auch die 1989/90 tätige Schiedskommission der PDS verwies nur auf „Klärungsbedarf“. Sage keiner, das sei doch „Schnee von gestern“! *Inge Junginger*

- Irina Liebmann: „Wäre es schön? Es wäre schön! Mein Vater Rudolf Herrstadt“, Berlin Verlag 2008, 415 Seiten, ISBN 978-3-8270-0589-2, 19,90 €

## info links

### Herausgeber

DIE LINKE – Landesvorstand Berlin, Redaktionskollektiv, V.i.S.d.P. Manfred Niklas

### Adresse der Redaktion

Geschäftsstelle der Partei DIE LINKE, Alfred-Kowalke-Straße 14, 10315 Berlin

Telefon: 030/512 20 47

Fax: 030/51 65 92 42

E-Mail: [lichtenberg@die-linke-berlin.de](mailto:lichtenberg@die-linke-berlin.de)

Web: [www.die-linke-lichtenberg.de](http://www.die-linke-lichtenberg.de)

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Manuskripte sinnwährend zu kürzen. Namentlich unterzeichnete Beiträge entsprechen nicht in jedem Fall der Meinung der Redaktion.

Redaktionsschluss für Ausgabe 5/08: 31.5.2008

Redaktionssitzungen für Ausgabe 6/08:

Mittwoch, 16.7., und 30.7., jeweils 15 Uhr

Abgabeschluss für Texte und Fotos: 28.7.

Die nächste Ausgabe erscheint am 7.8.2008

Druck: Druckerei Bunter Hund

Gestaltung: Jörg Rückmann

Diese Zeitung wird durch Spenden finanziert.